

Passivrauchgesetze: Die Bayern haben sich gegen die spanische Konfusion entschieden

Die Volksabstimmung im Nachbarland zeigt erneut – wie auch die Abstimmung im Kanton Solothurn –, dass Verwässerungsversuche klarer Regeln Wirteverbände und Parlamentarier desavouieren.

* Die ausführlichen Anmerkungen mit Zusatzangaben und Hintergrundinformationen finden sich im Internet unter www.saez.ch → Aktuelle Nummer oder Archiv → 2010 → 41. Siehe dazu auch den Brief der Autoren an die Redaktion auf Seite 1604.

Am 4. Juli dieses Jahres kam in Bayern das Volksbegehren zum Schutz vor Passivrauchen erfolgreich zur Abstimmung. 61% der Stimmenden entschieden sich für ein Rauchverbot im geschlossenen öffentlichen Raum; Ausnahmeregelungen, die Interpretationsspielräume eröffnen, erhielten eine Abfuhr. Die Wucht der Ablehnung der Ausnahmen, die das Gesetz aushöhlen (in Solothurn waren es zwei Drittel der Stimmenden), sollte den Politikern der Schweiz zu denken geben: Die Gesellschaft hat begriffen, dass Passivrauchschutz für alle gilt; Ausnahmen sabotieren die Regel. Genau dieses Anliegen verfolgt auch die Passivrauchinitiative der Lungenliga Schweiz, die im vergangenen Mai mit 130 000 Unterschriften bei den Bundesbehörden eingereicht wurde.

Fakten

Nur ein Viertel der Schweizer Bevölkerung raucht, zwei Drittel befürworten rauchfreie Gaststätten. In Graubünden, im Wallis und Tessin, wo diese schon länger rauchfrei sind, liegt die Zustimmung noch höher. Zur Zeit gelten in 15 Kantonen Regelungen, die strenger sind als das seit dem 1. Mai geltende Bundesgesetz; die meisten sind durch Volksabstimmungen zustande gekommen, wie im Tessin, Graubünden, Wallis, Genf, Solothurn, Waadt, Uri, Freiburg, Basel, Zürich, St. Gallen. Der von diesen Passivrauchgesetzen betroffene Bevölkerungsteil macht $\frac{3}{4}$ der Bewohner der Schweiz aus. Studien in verschiedenen Ländern und der Schweiz belegen, dass existentielle Ängste der Wirte vor Rauchverboten unbegründet sind: Sowohl den Pubs in Irland und England als auch dem Gastronomiesektor Frankreichs und Italiens geht es rauchfrei gut. Bereits im Jahr 2004 haben die Wirte von New York, ein Jahr nach Einführung des Rauchverbotes, 8,7% mehr Steuern bezahlt [1]*. Diese Tatsachen sollten eigentlich genügen, um Wirten und Parlamentariern klarzumachen, dass rauchfreie Räume normal sind und dass dies auch so von der Bevölkerung wahrgenommen wird.

Wirteinteressen ... und andere

Dass Wirteverbände gegen Rauchverbote kämpfen, ist eine Konstante der Passivrauchdebatte seit den 90er Jahren in den USA. Dokumente aus Industriearchiven

belegen, dass Wirteverbände von der Tabakindustrie infiltriert worden sind [2, 3]. Die klassische Argumentation gegen eine klare Rauchregelung, gegen die staatliche Einmischung sowie für die Entscheidungsfreiheit der Betriebsinhaber, ob geraucht werden darf, findet sich in der Resolution des internationalen HoReCa (Hotel/Restaurant/Café)-Kongresses von 1995 in Hongkong [4] die von Gastro Suisse im Jahr danach wiederaufgenommen wurde [5]. Der internationale Kongress war von der multinationalen Philip Morris von der Schweiz aus organisiert und gesponsert worden [6], und zahlreiche Schweizer Wirte hatten daran teilgenommen, auch der langjährige Direktor von Gastro Suisse Florian Hew [7].

Die Glaubwürdigkeit der Parlamente

Ausnahmen sabotieren die Regel

Auch wenn man die unbegründeten finanziellen Argumente nicht ignorieren will, würde man von Parlamenten erwarten, dass sie die Gesundheitsaspekte berücksichtigen, wie dies schon im Bericht der Subkommission des Nationalrates vom 1.6.2007 ausführlich erläutert worden war [8]. Zumal das Schweizer Bundesgericht [9], das Deutsche Bundesverfassungsgericht [10] und die internationale Tabakrahenkonvention der WHO [11], die auch von der Schweiz unterzeichnet wurde, festhalten, dass Passivrauch toxisch ist und dass die Gesundheitsinteressen der Bevölkerung höher als mögliche wirtschaftliche Einbussen einzuschätzen sind. Dennoch wurde der vermeintliche Rückgang der Umsätze der Restaurationsbranche als Argument im Bundesparlament zitiert [12, 13]. Die Abstimmungsergebnisse der eidgenössischen Kammern des Jahres 2007 und 2008, die zum «Gastroboro Bundesgesetz» vom Oktober 2008 geführt hatten, lassen den Schluss zu, dass mehrere Volksvertreter gegen ihre eigene gegenüber der Presse geäußerte [14] oder in Smartvote [15] vertretene Meinung gestimmt hatten. Es fällt dabei auf, dass die christliche Volkspartei die politische Kraft ist, die diesem Gewissenskonflikt am ehesten erliegt, wenn man dies an der Anzahl der Parlamentarier beurteilt [16, 17], die nicht gemäss ihrer zuvor deklarierten Meinung stimmten.

Korrespondenz:
Dr. med. Rainer Martin Kaelin
2, place l'Hôtel-de-Ville
CH-1110 Morges
rmkaelin@sunrise.ch

Auch in unserm Nachbarland sind solche Kräfte am Werk, wie der Werdegang des Bayerischen Volksbegehrens zeigt: Die neugeformte Koalitionsregierung CSU/FDP von Bayern beschloss im März 2009 eine Gesetzesänderung, die das mit 84% der Landtagsstimmen genehmigte Nichtraucherschutzgesetz vom 12. 12. 2007 («das beste Deutschlands») zahnlos machte, indem gewisse Betriebe als Raucherbetriebe geführt werden dürfen, wie dies in Spanien und weiterhin in der Schweiz gemäss Bundesgesetz der Fall ist. Die entstandene Rechtsunsicherheit führte zur Nichtbeachtung des Rauchverbotes. Die Ökologisch-demokratische Partei (ÖDP) ergriff mit weiteren Organisationen, u. a. dem Ärztlichen «Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit», die Initiative für ein Volksbegehren. Die Hürden für ein Volksbegehren in Bayern sind sehr hoch: Mit dem Text (der mit dem ursprünglichen Passivrauch-Gesetz identisch war) mussten die Initianten 25 000 Unterschriften von Wahlberechtigten hinterlegen, um dann in zwei Wochen zehn Prozent der Stimmberechtigten zu überzeugen, sich in die aufliegenden Unterstützerlisten einzutragen. Staunend nahm Deutschland am Jahresende zur Kenntnis: Zwischen dem 19. November und dem 2. Dezember 2009 hatten sich rund 1 300 000 Stimmberechtigte eingeschrieben, bedeutend mehr als erforderlich. Im Juli dieses Jahres haben also die kleine ÖDP und ihre Partner mit der gewonnenen Abstimmung den Koalitionsparteien Bayerns bewiesen, dass deren politisches Kalkül zugunsten der Tabakindustrie und auf Kosten der Gesundheitsinteressen der Bevölkerung nicht aufgeht.

Schlussfolgerungen

Die oben geschilderten Entwicklungen lassen folgende Schlüsse zu:

Erstens darf man damit rechnen, dass eingeführte und von der Bevölkerung befolgte Passivrauchgesetze keineswegs gegen Versuche der Lobby gefeit sind, die alle Möglichkeiten der Gesetzesmaschinerie benützen (wird), um sie aufzuweichen. Dies hat sich in der Schweiz im Falle Genfs, Zürichs, Solothurns, Appenzells, im Tessin und Uri bereits gezeigt. In dreien dieser Kantone (GE, SO, UR) wurde das Volk gar zweimal zur Urne gerufen. Im Falle Bayerns ist besonders stossend, dass der Aushöhlungsversuch auf eine Koalitionsabsprache der Parteien zurückgeht: Der Neubeschluss des Landtages wurde vom Gesundheitsausschuss veranlasst, der von den Parteien neu beschickt worden war [18].

Zweitens muss man annehmen, dass die Spanische Gesetzgebung und der Flickenteppich der Rauchverbote erklärte Ziele sind, die durch das parlamentarische Lobbying in föderalistischen Ländern wie Deutschland und der Schweiz ebenfalls erreicht werden sollen. Denn es ist bekannte Tatsache, dass die spanische Passivrauch-Gesetzgebung von der Bevölkerung nicht befolgt wird [19]; ihre Ausnahmen (Fumoirs müssen nur in Betrieben von mehr als

100 m² eingerichtet werden, kleinere dürfen sich als Raucherbetriebe erklären), sorgen dafür dass man nicht weiss, was wo gilt. Die Schweizer Volksvertreter

Die Schweizer Medien bleiben zu diesem Thema stumm

waren sich dieser Tatsache wohl bewusst, als sie den Gesetzesentwurf zur Gutzwiller-Initiative debattierten, denn die Abgrenzungsprobleme und die Ungleichheit der Betriebe waren ihnen von deren Autor selbst erläutert worden [20].

Die Rolle der Medien: schweigen

Die dritte Schlussfolgerung, die man aus den dargestellten Zusammenhängen in Bayern und der Schweiz ziehen muss, stimmt am nachdenklichsten: Die Schweizer Medien bleiben zu diesem Thema stumm. In keinem Zeitungsartikel über Passivrauchschutz wird auf die Verhältnisse im benachbarten Ausland, auf die Tabakrahmenkonvention der WHO oder auf den Bayerischen Volksentscheid hingewiesen. Nirgends hat man in den Medien die Wirteforderungen oder deren Glaubwürdigkeit hinterfragt, obwohl selbst im Personalrestaurant von Philip Morris niemand das Rauchverbot beanstandet [21]. Schon 1998 wies der damalige BAG-Direktor, Prof. Zeltner, öffentlich auf die Verbindungen zwischen Tabakindustrie, Parlamentariern und der Werbeindustrie hin [22]. Das Thema ist für die Medien tabu geblieben, obwohl man ohne grosse Mühe dieselben seit Jahren gut funktionierenden Allianzen erkennen kann [23]: Im Jahre 2008 gründete der Schweizerische Gewerbeverband die «Allianz der Wirtschaft für eine mässige Präventionspolitik», unter deren Mitgliedern sich der Schweizerische Gewerbeverband, Economiesuisse, Gastrosuisse, Hotelleriesuisse, Schweizer Werbung, Verband Schweizer Zigarettenfabrikanten, Vereinigung des Schweizer Tabakwarenhandels, Viscom Schweizer Verband für visuelle Kommunikation u.a. finden. Bedeutungsvoll sind hierbei die «unterstützenden Organisationen»: Die christliche Volkspartei CVP [24], die Schweizer Volkspartei SVP [25], Interessengruppe Freiheit (IG Freiheit) und Swiss Cigarette, welche die Interessenverfälschung der Industrie mit den politischen Parteien verdeutlichen.

Ausblick

Es besteht die gut begründete Hoffnung, dass die Schweizer, wie die Bayern, mit Annahme der Volksinitiative der Lungenliga zum Passivrauchschutz ihren Parlamentariern beweisen werden, dass sie diese Debatte zu ihrem Vorteil entscheiden wollen. Die überwiegende Abhängigkeit aller Medien von Werbegeldern lässt jedoch befürchten, dass der demokratische

Prozess und die Meinungsbildung [26] der Stimmbürger sehr durch Wirtschaftsinteressen behindert werden wird und dass die Zigarettenfabrikanten auch weiterhin auf Parlamente und Medien Einfluss nehmen werden, um ihre finanziellen Interessen unter Missachtung der Gesundheit der Bevölkerung zu verteidigen.

Dr. Jürg Barben, Privatdozent, Leitender Arzt Pneumologie/Allergologie, Ostschweizerisches Kinderspital St. Gallen

Dr. Heinz Borer, Leitender Arzt, Pneumologie, Bürgerspital Solothurn

Dr. Otto Brändli, Pneumologie FMH, Präsident der Lungenliga Zürich, ehemaliger Chefarzt der Zürcher Höhenklinik Wald

Prof. Dr. Martin Brutsche, Chefarzt Pneumologie und Schlafmedizin, Kantonsspital St. Gallen

Prof. Dr. Thomas Cerny, Präsident Krebsforschung Schweiz KFS, Chefarzt Onkologie/Hämatologie Departement Innere Medizin, St. Gallen

Dr. Jean-Marie Choffat, FMH Pédiatrie, ancien médecin chef de l'Hôpital de zone Morges

Dr. Peter Dür, Ärztlicher Direktor, Solothurner Spitäler AG

Prof. Dr. Jean-William Fitting, Médecin chef, Service de Pneumologie CHUV, Lausanne

Dr. Jean-Georges Frey, Pneumologie FMH, Médecin sous-directeur du Centre valaisan de Pneumologie, Montana, VS

Dr. Martin Frey, FMH Innere Medizin und Pneumologie, Chefarzt Barmelweid

Prof. Dr. Jean-Michel Gaspoz, FMH Médecine interne, Chef du département de médecine communautaire et des urgences, Hôpitaux universitaires de Genève

Prof. Dr. Thomas Geiser, Direktor/Chefarzt Universitätsklinik Pneumologie, Inselspital Bern

Prof. Dr. Jürg Hammer, Stellvertretender Chefarzt, Leiter Pneumologie und Intensivmedizin, Universitätskinderklinik beider Basel

Dr. R. M. Kaelin, Médecine interne et Pneumologie FMH, Vice-président de la ligue pulmonaire vaudoise, Morges VD

Dr. Werner Karrer, Innere Medizin und Pneumologie FMH, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Pneumologie, Chefarzt und Vorsitzender der Klinikleitung, Luzerner Höhenklinik Montana

Dr. Dr. h. c. Andreas Knoblauch, ehemaliger Präsident der Lungenliga und Chefarzt der Abteilung Pneumologie und Schlafforschung des Kantonspitals St. Gallen.

Dr. Bruno Knöpfli, Pädiatrische Pneumologie FMH, Davos Platz

Dr. Max Kuhn, Leitender Arzt Pneumologie, Kantonsspital Graubünden, Chur

Dr. Alec Martin-Achard, FMH Pneumologie Genève

Deshalb appellieren wir an alle Schweizer Parlamentarier, gegen den Druck der Lobbies die WHO-Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle zu ratifizieren und endlich ein Bundesgesetz zum Schutz der Bevölkerung vor Passivrauch zu verabschieden, das seinen Namen verdient.

Dr. Donath Marugg, Chefarzt FMH Innere Medizin, Pneumologie und Intensivmedizin, Samedan

Dr. Marc Müller, FMH Allgemeine und Innere Medizin, Präsident des Berufsverbandes Haus- und Kinderärztinnen Schweiz

Prof. Dr. Laurent Nicod, Médecin-chef du service de Pneumologie, CHUV, Lausanne

Dr. Reto Olgiati, Pneumologie et Médecine interne FMH, Délémont

Prof. Dr. Arnaud Perrier, Médecin chef, Service de médecine interne Hôpital universitaire Genève

Dr. Max Pfenninger, FMH Pneumologie, Olten

Dr. Maurus Pfister, Pneumologie FMH, Ärztlicher Leiter Innere Medizin, Spital Rorschach, Kantonsspital St. Gallen

Dr. Franco Quadri, Capo Servizio Pneumologia, Ospedale Bellinzona et valli

Dr. Philippe Rieder, Médecin chef de service, Hôpital de Saint-Loup/VD

Prof. Dr. Thierry Rochat, Médecin-chef, service de Pneumologie, Hôpital universitaire de Genève, Principal investigator étude SAPALDIA

Dr. Martin Rüegger, Innere Medizin, Arbeitsmedizin FMH, Zürich

Dr. Pierre Schmidlin, FMH Médecine générale et Psychiatrie/ Psychotherapie, Sierre

Prof. Dr. Markus Solèr, Chefarzt Pneumologie Claraspital, Präsident der Lungenliga beider Basel

Dr. Olivier Staneczek, Medecin interne et Pneumologie FMH, Clarens /VD

Dr. Martin Tschan, Pneumologie und Innere Medizin, Laufen, BL

Prof. Dr. Jean-Marie Tschopp, Chef du Département médecine interne du Centre hospitalier du centre du Valais, Sion et Médecin Directeur Centre valaisan de Pneumologie Montana

Dr. Hubert Varonier, Privat-docent, Pédiatrie et Allergologie FMH, Crans-Montana, VS

Dr. Beat Villiger, FMH Pneumologie und Innere Medizin, FMH Rehabilitation und physikalische Medizin, Sportmedizin SGSM, CEO Schweizerisches Paraplegikerzentrum Nottwil/LU

Dr. Virgile Woringer, FMH Pédiatrie, médecine scolaire, Lausanne

Dr. Jean-Pierre Zellweger, Privat-docent, Université Lausanne

Referenzen

- 1 New York City. The state of smoke free New York City. A One-Year Review. New York 2004. Zitiert in: The smoke free Europe partnership. Smoke free Europe makes economic sense. Brussels, ERS journals, 2005.
- 2 Fogels testimony: «Zeugenaussage vor dem Stadtrat von New York City, 6. Juni 1994. Mein Name ist Barry Fogel. Ich bin Besitzer einer Restaurantkette mit Häusern in Beverly Hills, ... In 1988 wurde in Beverly Hills eines der ersten Gesetze des Landes für rauchfreie Restaurants erlassen. Dieses wurde 5 Monate später infolge des Lobbyings des Restaurantbesitzervereins von Beverly Hills widerrufen. Ich war Präsident des Vereins. Es existierte kein Restaurantbesitzerverein vor der Rauchfrei-Verordnung. Wir wurden durch die Tabakindustrie organisiert. Die Industrie half uns die Kosten unserer Gesetzesklage gegen Beverly Hills zu bezahlen. Die Industrie liess sogar einige unserer Mitglieder per Lear-Jet nach Rancho Mirage fliegen, einer anderen Stadt in Kalifornien, in welcher ein Rauchverbot erwogen wurde, damit sie gegen eine ähnliche Rauchfrei-Verordnung aussagen sollten. Vertreter des Tabakinstitutes waren bei einigen unserer Versammlungen zugegen. Die Tabakindustrie behauptete wiederholt, dass die Restaurants in Beverly Hills während des 5 Monate dauernden Rauchverbotes 30% Erwerbseinbussen zu erleiden gehabt hätten. Offizielle Zahlen hingegen, welche auf den Verkaufssteuereindaten beruhten, zeigten einen leichten Zuwachs der Umsätze. Ich bedaure meine Zusammenarbeit mit der Tabakindustrie. Als ich im Jahre 1991 erfuhr, dass Passivrauch Krebs verursacht, beschloss ich, alle «Jacopo's Restaurants» 100% rauchfrei zu machen, einschliesslich der Bar und der gedeckten Aussenbereiche. Sogar in diesem schwierigen wirtschaftlichen Klima sind unsere Verkäufe gestiegen. ...»
- 3 Brief, Archiv von Philipp Morris (PM 2048294028), gezeichnet von Dr. Xavier Frei, Direktor von Ho.Re.Ca (Hotel/Restaurant/Café) international, Blumenrainstrasse 12, Zürich, datiert vom 30. 10. 1994, adressiert an Stig Carlson, Director Corporate Affairs Philip Morris, Lausanne: (Auszug) «... I do want to thank you once again (...) als Formsache wiederhole ich hier die Beschlüsse: 1. Philip Morris USA wird 60000 für 1994/95 bezahlen. 2. Philip Morris Europa wird 30000 für das Jahr 1994/95 bezahlen. 3. Über diese finanzielle Hilfe hinaus wird PM Hand bieten durch ihre Promotionsagentur (Ho.Re.Ca- News usw.)».
- 4 Philip Morris Dokument PM 2048253287, Hongkong 13.9. 1995.
- 5 Brief von Ulrich Crettaz, Philip Morris S.A. Lausanne, an Matt Winokur, 19.06. 1996: «... diese Resolution ist das Resultat der direkten Zusammenarbeit zwischen Philip Morris und Gastrosuisse.»
- 6 PM 2048239107: (Internes Dokument Philip Morris zur Planung des Kongresses) «6. Wir planen kurze zielgerichtete Untersuchungen der Haltungen von Konsumenten in Bezug auf deren Präferenzen, inklusive der Absprachen über das Rauchen in Restaurants. Ulrich Crettaz (Philip Morris S.A. Lausanne) kümmert sich (darum) mit der Hotel International und deren PR-Agentur Jäggi.»
- 7 Florian Hew präsidiert als «Director of the Swiss Federation for Cafés, Restaurants, and Hotels/ Gastrosuisse, Zurich» den Workshop I, am 11.9. 1995 am HoReCa-Kongress in Hongkong. – Dieselbe Person, langjähriger Direktor von Gastrosuisse, erklärt am 4.6.2006 (Titelschlagzeile der Zeitung «Matin Dimanche»): «Les Suisses ne veulent pas de restaurants non fumeurs.» – Er vertritt die Wirteverbände am Hearing der Gesundheitskommission des Ständerates im Februar 2008.
- 8 Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates vom 1.6.2007 zur parlamentarischen Initiative Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen.
- 9 Bundesgerichtsentscheid 133 I 110 vom 28.3.2007 (www.bger.ch) Entscheid im Falle Slatkine und Petroz gegen den grossen Rat des Kantons Genf: «Die Schädlichkeit des Passivrauches ist durch genügend wissenschaftliche Studien bezeugt, so dass dies als dem heutigen Stand der Wissenschaft entsprechend betrachtet werden kann ...».
- 10 Bundesverfassungsgericht Karlsruhe, Urteil vom 30.7.2008. Das Gericht gibt zwar den Klägern Recht, welche beanstandeten, dass die Passivrauchgesetzgebung zu ungerechten Beeinträchtigungen geführt hatte. Es hält aber ausdrücklich fest, dass nicht die Schutzregel zur ungleichen Behandlung der Betriebe geführt hatte, sondern die Ausnahmen von der Regel. Vergleiche «Freiheitsrechte und Rauchverbote», SÄZ 2008, Heft 48 S. 2083–4.
- 11 www.who.int/tobacco/framework
- 12 Ständeratsdebatte vom 4.3.2008 (Amtliches Bulletin 2008, S 28): Hess Hans (RL, OW) Präsident der Vereinigung des Schweiz. Tabakwarenhandels. «... dass in Irland nach der Einführung des Rauchverbotes (...) die Zahl der Angestellten in Hotels und Restaurants zwischen Juni 2004 und Mai 2005 um 1,6 Prozent zurückgegangen ist (...) Die Umsätze gingen zwischen April 2004 und März 2005 in Irland sogar um 4,9 Prozent zurück ...» (Anmerkung des Autors: Schwankungen dieser Grössenordnung, welche wohl kaum einer Krise der Branche gleichkommen, dürften nicht nur in diesem Wirtschaftssektor häufig sein. Ausserdem verschweigt der Redner, dass die Umsatzzahlen schon vor dem Rauchverbot rückläufig gewesen waren).
- 13 Nationalratsdebatte vom 11.6.2008 (Amtliches Bulletin 2008,N) Pascal Couchepin: «Les arguments économiques ne sont pas très sérieux. Honnêtement, ils ne sont pas sérieux! Et ils ne me paraissent pas devoir l'emporter face aux arguments de santé publique.»
- 14 Die Zeitung «l'Illustré» vom 24.5.2008, stellt die 62 welschen Parlamentarier vor, von denen 56 das Rauchverbot im öffentlichen Raum unterstützen. Dennoch stimmten 15 von diesen Befürwortern gemäss elektronischer Stimmabgabe in der Abstimmung des Nationalrates vom 11.6.2008 für den faulen Kompromiss des aktuellen Gesetzes. Namentliche Liste der Volksvertreter in Anm.15 von «Glaubwürdigkeit II. das Minenfeld der Prävention», SÄZ 2008, Heft 38.
- 15 In der Abstimmung des Nationalrates vom 11.6.2008, stimmten 9 Nationalräte (Namen Anm. 14, SÄZ 2008, Heft 38) für den faulen Kompromiss, obwohl sie sich gegenüber Smartvote für ein Rauchverbot im öffentlichen Raum geäußert hatten.
- 16 In der Nationalratsabstimmung vom 4.10.2007 stimmten, entgegen der gegenüber Smartvote deklarierten Meinung, 4 Mitglieder der CVP und 2 Mitglieder der Freisinnigen Partei für den Gesetzesvorschlag, der Raucherbetriebe und bediente Fumoirs vorsah.

- 17 In der Nationalratsabstimmung vom 11. 6. 2008, stimmten 5 Mitglieder der CVP, 2 Mitglieder der Freisinnigen und 2 Mitglieder der SVP für die Vorlage, welche Raucherbetriebe und bediente Fumoirs vorsah, während sie sich gegenüber Smartvote für ein allgemeines Rauchverbot im öffentlichen Raum ausgesprochen hatten. (Siehe auch Kaelin RM, Diethelm P. Support of an efficient passive smoke protection by parties and individual MP's in the Swiss Parliament 2004–2008, *Swiss Medical Weekly*. 2010; Suppl. 179, 18 S.)
- 18 Katja Auer: «Alles andere als Sternstunden» Kommentar, *Süddeutsche Zeitung*, 2. 6. 2009.
- 19 F. Musseau: «Loi antitabac ou pas, l'Espagnol fume, où bon lui semble». *Le temps* 5. 8. 2009.
- 20 Ständeratsdebatte vom 17. 9. 2008: Gutzwiller (RL) ZH: «1. Es ist so, dass ein recht grosser Anteil der fraglichen Restaurants in der Schweiz unter diese Kategorie fällt. Die Schwelle von 100 Quadratmetern ist relativ hoch. 2. Hier stellt sich die Frage der Umsetzbarkeit (...) In Italien und Frankreich gibt es klare Regelungen. Es gibt keine Probleme, auch nicht für die Gastronomie. Es sind absolut gute Verhältnisse (...) Spanien hat genau diese Sonderregelung mit der Wahlfreiheit für Lokale unter 100 Quadratmetern. Dort gibt es jetzt erste Analysen, (...) dass es sehr viele Probleme gibt; Sie können es sich vorstellen. Einmal ist es eine Ungleichheit (...) Das hat die Branche nie gewollt. Die Branche hat am Anfang eine arbeitsrechtliche Regelung bekämpft, immer mit dem Hauptargument, man wolle in der Branche keine Ungleichheiten (...) Es gibt sehr viele Abgrenzungsprobleme, (...) Das ist doch keine solide Gesetzgebung.»
- 21 Rinny Gremaud, *Le Temps*, 21. 7. 2010: «La cafétéria de Philip Morris entre «wellness» et grande restauration».
- 22 Pierre Hazan, *Le temps*: «le patron de la santé publique dénonce la collusion entre politiques et cigarettiers», 21. 10. 1998. In einem Seminar der WHO, anlässlich der Ausstellung «Tabexpo» 1998 der Zigarettenfabrikanten in Genf, nannte Prof. Zeltner die Nationalräte Edgar Oehler, Präsident der Vereinigung Schweizerischer Zigarettenfabrikanten, und Carlo Schmid, Präsident von *Publicité Suisse*, als Beispiele der Kollusion zwischen Parlamentariern und Industrie-Interessen.
- 23 www.awmp.ch
- 24 Sowohl die Ausnahme des Raucherbetriebes als auch die Klausel, dass das Fumoir bedient werden darf, falls der Angestellte schriftlich zustimmt, wurden in die Vorlage des aktuellen Bundesgesetzes von Politikern der christlichen Volkspartei eingebracht, von Nationalrätin Thérèse Meyer–Kaelin und Ständerat Bruno Frick. Der Vorschlag, auf den Minderheitsantrag (und nicht auf den Mehrheitsantrag) der Gesundheitskommission des Nationalrates einzutreten, geht auf Roland Borer der Schweiz. Volkspartei zurück.
- 25 Der Parlamentarierausflug der SVP 2008 führte die Volksvertreter in den Kanton Neuenburg. Der Anlass wurde von der Firma Philip Morris gesponsert.
- 26 AT Information Sommer 2010: Eine Analyse der Periode November 2009–Februar 2010 kommt zum Schluss, dass zum Thema Passivrauchschutz in den Printmedien folgende Tendenzen dominieren: Skeptizismus, Suche nach extremen Meinungen, Unwissenheit über das Thema. Von 102 Beiträgen (Artikel, Kommentare, Leserbriefe) äusserten sich 75 negativ, 21 positiv und 6 neutral zum Passivrauchschutz, wobei oft sogar die Schädlichkeit des Passivrauchens in Frage gestellt wurde.